

Windpark Oberlahn ist gestorben

02.07.2016

Weilburg.

Der von den Kommunen Weilburg, Merenberg und Löhnberg angestrebte Windpark Oberlahn ist „gestorben“. Eine klare Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung lehnte am Donnerstagabend eine Weiterverfolgung des Vorhabens ab. Zuvor hatten die Stadtverordneten nach langer Debatte einem Antrag von CDU, FWG und FDP zugestimmt, wonach der Gestattungsvertrag mit den Stadtwerken Weilburg und einem etwaigen Dritten zu kündigen ist. Damit ist der Windpark Oberlahn vom Tisch, zumal der Magistrat, der gestern Vormittag tagte, beschlossen hat, keinen Widerspruch gegen die Entscheidungen des Stadtparlaments einzulegen.

Alle vier Beschlüsse zu dem Thema wurden mit 21 Ja-Stimmen der drei antragstellenden Fraktionen gegen 14 Stimmen von SPD und Bündnis 90/Grüne gefasst. Zunächst begründeten Gerhard Würz (FWG), Johannes Hanisch (CDU) und Hans-Werner Bruchmeier (FDP) ihre Haltung. Hartmut Bock (SPD) und Heinz Jürgen Deuster (Bündnis90/ Grüne) hielten dagegen. Bürgermeister Hans-Peter Schick argumentierte aus der Sicht des Magistrats und ließ dabei die Entwicklung der Sache Revue passieren. Schick erinnerte daran, dass er selbst zunächst gegen Windräder war, bevor die Nachbargemeinden Löhnberg und Merenberg mit dem Anliegen kamen, einen gemeinsamen „Windpark Oberlahn“ zu realisieren. In diesem Frühjahr positionierte sich die Bürgerinitiative „Windwahn“ gegen das Vorhaben.

Ziel des gemeinsamen Antrags war es, den Gestattungsvertrag vom 1. Juli 2014 mit der Stadtwerke Weilburg GmbH zu kündigen. Der Magistrat wurde zudem gebeten, diesen Beschluss unverzüglich auszuführen und dafür Sorge zu tragen, dass am 2. Juli 2016 die Kündigung umgehend der Stadtwerke Weilburg GmbH zugeht. Ebenso soll die Stadtverordnetenversammlung den Beschluss vom 4. Dezember 2014 (bisher seitens der Stadt nicht unterzeichnete Grundstückstauschvereinbarung mit Hessen Forst) aufheben. Auch sollte die Stadtverordnetenversammlung beschließen, dass auf den im Eigentum der Stadt Weilburg stehenden Grundstücke keine Windkraftanlage errichtet wird.

Standort ungünstig

Die Fraktionssprecher begründeten ihre Kündigungsanträge mit einer Bestimmung des Gestattungsvertrags, wonach „der Eigentümer sich ein Kündigungsrecht mit sofortiger Wirkung vorbehält, wenn die erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigung nicht innerhalb von zwei Jahren ab Beginn der Vertragslaufzeit erteilt wird ...“. Die sogenannte BImSchG-Genehmigung liege derzeit nicht vor und werde voraussichtlich auch nicht bis zum 1. Juli erteilt sein. Der Beschluss zum Grundstückstausch mit Hessen Forst sei aufzuheben, da die Grundlage für diesen Beschluss – Schaffung eines Windparks Oberlahn – durch die Kommunen Weilburg, Merenberg und Löhnberg weggefallen sei. Diese Variante werde nicht einmal von der Stadtwerke Weilburg GmbH als realisierbar ins Auge gefasst, zumal der vorgesehene Standort für Windkraftanlagen denkbar ungünstig sei.

Unter Berücksichtigung des Willens der Mehrzahl der Weilburger Bürger, wie er unter anderem in der jüngsten Kommunalwahl zum Ausdruck gekommen sei, sowie zahlreicher Nachteile – unter anderem für Naturdenkmäler, Naturschutz, Waldbestand, Schutz bedrohter Vogelarten, Gesundheit, Wasserschutzgebiet, Entwertung der Hausgrundstücke im betroffenen Stadtteil, Verschandlung der Landschaft – im Vergleich zu den etwaigen Einkünften der Stadt bei einem Verpachtungsmodell, falle die Abwägung eindeutig gegen den Betrieb von Windkraftanlagen auf Weilburger Grundstücken aus, zumal der finanzielle Ertrag einer Windkraftanlage im Raum Weilburg sehr fraglich erscheine und die Haftungssumme einer Windpark-GmbH gering sei.

Deuster: Vor dem Nichts

Heinz Jürgen Deuster erinnerte die Mehrheitsfraktion daran, dass CDU, FWG und FDP in der Vergangenheit dafür stimmten, im Regionalplan auf der Fläche oberhalb von Waldhausen (Roter Kopf) ein Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen. Alle Fraktionen hätten auch für einen Flächentausch mit Hessenforst sowie ein Energie- und Klimaschutzkonzept und die 600 000 Euro teure Erarbeitung der Antragsunterlagen durch die Stadtwerke gestimmt. Ein Herausreden aus dieser Sache halte er für unlauter. Plötzlich sei bei den drei Fraktionen alles anders. Während in anderen Kommunen sich bereits zwei Jahren nach der Entscheidung die ersten Windräder drehen, stehe Weilburg nach fast vier Jahren vor einem Nichts.

Ebenfalls mit der genannten Mehrheit wurde der Vorschlag eines Vertreterbegehrens eines Flächentauschs mit Hessen-Forst und eines Bürgerentscheids abgelehnt.

(mhz)